



Protokoll der 88. Sitzung des Arbeitskreises der Haupt- und Personalamtsleiter/-innen (Nord)

Teilnehmende:	(1) Herr Achilles (2) Herr Barth (3) Herr Baudisch (4) Frau Bertkau (5) Frau Duve (6) Herr Filly (7) Frau Gennrich (8) Frau Goldbeck (9) Frau Heitmann (10) Herr Hohl (11) Herr Kascha	(12) Frau Meitzner (13) Frau Mittendorf (14) Frau Nebel (15) Frau Otte-Sonnenschein (16) Herr Radünzel (17) Frau Reichelt (18) Frau Rudolph (19) Herr Ruth (20) Frau Schmidt (21) Frau Steiger (22) Frau Thurmman
Datum:	Mittwoch, 08.04.2026	
Uhrzeit:	09:56 - 12:50 Uhr	
Autor:	Roy Radünzel	

Tagesordnungspunkte

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Tagesordnung

- Frau Mittendorf begrüßt die Anwesenden und freut sich über den Austausch zu kommunalen Themen in Sachsen-Anhalt.
- Herr Tobias Kascha, Oberbürgermeister von Wernigerode, stellt sich vor und berichtet über seine Herkunft und beruflichen Werdegang.
- Kascha hebt die touristische Bedeutung Wernigerodes hervor mit 2 Millionen Tagestouristen und dem Schloss als meistbesuchtes Museum in Sachsen-Anhalt.
- Die Stadt hat neun Gewerbegebiete, eine niedrige Arbeitslosenquote und ist Hochschulstandort, was ihre wirtschaftliche Stabilität unterstreicht.
- Herausforderungen der Stadtverwaltung: Diskussionen über Personalausschuss und Einstellungsstopp führten zu Verzögerungen und Unzufriedenheit.
- Maßnahmen wie der Einstellungsstopp haben zusätzliche Arbeit verursacht, ohne einen Mehrwert zu schaffen.
- Finanzielle Lage der Stadt: Rücklage von 17 Millionen Euro durch bessere Gewerbesteuererinnahmen, Haushalt entspannt.
- Antrag zur Senkung der Gewerbesteuer wurde abgelehnt, da es als ökonomisch unklug angesehen wird.
- Ankündigung eines Karls Erlebnisdorfs, das zusätzlichen touristischen Aufschwung bringen soll mit erwarteten 350.000 bis 500.000 Besuchern jährlich.
- Frau Mittendorf bedankt sich für den Einblick und leitet zur Sitzung über, fragt nach Hinweisen zur Tagesordnung.



TOP 2: Bestätigung der Niederschrift über die 86. Sitzung am 29.10.2025

- Erster Punkt: Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 29. Oktober 2025 in Halberstadt.
- Niederschrift wurde am 18. Dezember 2025 per E-Mail versandt.
- Frau Mittendorf fragt nach Hinweisen, Ergänzungen oder Anmerkungen zur Niederschrift.
- Es werden keine Rückmeldungen oder Änderungswünsche geäußert.
- Niederschrift wird in der vorliegenden Form bestätigt.

TOP 3: Aktuelle Entwicklungen im Arbeits- und Tarifrecht

- Frau Mittendorf leitet Tagesordnungspunkt 3 ein und übergibt an Herrn Barth, der Frau Wurzel vertritt.
- Herr Barth übermittelt Grüße von Frau Wurzel und kündigt Themen aus dem Arbeits- und Tarifrecht an.
- Tarifrunde 2027: TVöD kündbar zum 31. März 2027, erste Verhandlungsrunde am 9. April 2027, zweite Runde am 3.-4. April 2027, dritte Runde vom 24.-26. Mai 2027.
- Anwesende werden gebeten, Themen für die Tarifrunde rechtzeitig mitzuteilen.
- Neuer Tarifvertrag für handwerklich Tätige in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen seit 1. Januar 2026 in Kraft.
- Zahlreiche Seminare zu diesem Thema wurden angeboten, zusätzliche Termine aufgrund hoher Nachfrage in Kalenderwoche 13.
- Durchführungsrundschreiben und FAQ-Dokument zum Tarifvertrag in Planung.
- Altersteilzeit: keine aktuellen Tarifverträge, jedoch Ausnahmegenehmigung bis 31. Dezember 2026.
- Erweiterung der Ausnahme für Kommunen in Haushaltskonsolidierung zur Anwendung im Erzieherbereich bis Ende 2026.
- Anwesende werden gebeten, Nutzung der Ausnahme schriftlich anzuzeigen.
- Jahressonderzahlung: Bemessungssatz ab 1. Januar 2026 auf 85 % erhöht, bis zu drei zusätzliche freie Tage umwandelbar.
- Voraussetzungen und Ablauf der Beantragung für Tauschtage erläutert, Geltendmachung bis 1. September des laufenden Jahres erforderlich.
- Nicht genutzte Tauschtage können unter bestimmten Bedingungen ersetzt oder ausgeglichen werden.
- Seminare zu tarifrechtlichen Themen in diesem Jahr, durchgeführt von Frau Wurzel und Frau Arentholz in Zusammenarbeit mit SIKOSA.
- Themen der Seminare: Erhöhungsstunden, Tauschtage, rechtssichere Stellenausschreibungen, Stellenbesetzungsverfahren, aktuelle Entwicklungen und Rechtsprechung.
- Anmeldung zu Seminaren erfolgt über SIKOSA.

TOP 4: Umsetzung von § 10 Abs. 7 TVöD-VKA, Einführung von Langzeitkonten

- Herr Radünzel berichtet über Anfrage des Personalratsvorsitzenden zu Dienstvereinbarung für Langzeitkonten.
- Er signalisiert Gesprächsbereitschaft, fragt jedoch nach Bedarf seitens der Belegschaft, was verneint wird.
- Bedenken hinsichtlich Verwaltungsaufwand und Informationspflichten bei Einführung von Langzeitkonten.
- Ohne dringendes Bedürfnis sieht er keinen Handlungsbedarf.
- Er erkundigt sich nach Erfahrungswerten aus anderen Kommunen; bisher nur Einzelvereinbarungen (z.B. Sabbaticals) in seiner Verwaltung.
- Frau Mittendorf berichtet von fehlendem Interesse in Magdeburg; nur ein Interessent bei Informationsveranstaltung.
- Gesamtpersonalrat hat ebenfalls kein Interesse festgestellt; Regelung als sperrig und unpraktikabel beschrieben.



- Herr Barth hat Rückmeldungen aus seinem Verband eingeholt; Interesse an Langzeitkonten gering.
- Nur Stadthalle zeigte Interesse an Betriebsvereinbarung, stellte jedoch keine weiteren Nachfragen.
- Herr Baudisch berichtet von fehlendem Bedarf in Schönebeck; Anfragen des Personalrats wurden nicht weiterverfolgt.
- Kontinuierliche Arbeitsbelastung erschwert Einführung von Langzeitkonten; befristete Stellen notwendig für Sabbaticals.
- Herr Hohl erwähnt Einzelfälle von Mitarbeitenden mit Auszeiten; häufigere Nutzung von Langzeitkonten zum Arbeitslebensende.
- Verschiedene Modelle zur Ansparung von Stunden werden beschrieben; personelle Herausforderungen bei Stellenbesetzung angesprochen.

TOP 5: Aktuelle Entwicklungen im Dienstrecht

- Frau Mittendorf leitet die Diskussion zu Tagesordnungspunkt 5 ein und übergibt das Wort an Frau Thurmann.
- Frau Thurmann kündigt eine Ergänzung zu Tagesordnungspunkt 3 an: Urteil des Arbeitsgerichts Magdeburg wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.
- Rückseiten des Urteils aus dem Vorjahr lagen zuvor nicht vor, sind nun vollständig vorhanden.
- Änderungen der Urlaubsverordnung für Beamte werden erläutert: bis zu 12 Kind-Krank-Tage für Beamte mit Kindern, bis zu 24 für Alleinerziehende.
- Aktueller Stand des Landesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes für 2026 und 2027 wird berichtet.
- Referentenentwurf zur Übertragung der Tarifverhandlungsergebnisse auf Beamte wurde am 19. März 2026 übermittelt.
- Ministerhöhung von 100 Euro aus TV-L wird nicht auf Beamte übertragen, um Abstandsgebot zwischen Besoldungsgruppen zu wahren.
- Aufsatz von Martin Stuttmann zur Besoldung in Sachsen-Anhalt wird als Anlage beigefügt.
- Klagen von Beamten gegen das Land sind beim Bundesverfassungsgericht anhängig.
- Gesetz wird voraussichtlich verabschiedet, um Vorgaben des Koalitionsvertrags zu erfüllen.
- 16. Änderung des Landesbeamtengesetzes: Anwendungshinweise vom Finanzministerium wurden am 31. März 2026 veröffentlicht.
- Hinweise dienen als Orientierungshilfe und fließen in die Kommentierung des Finanzministeriums ein.
- Nebentätigkeitsrecht für Beamte: Landesrechnungshof erhält erweiterte Prüfrechte.
- Frau Thurmann plant umfassenden Beitrag zu Nebentätigkeiten in Kommunalnachrichten Sachsen-Anhalt.
- Anregung aus Barleben für Führungskräftelehrgang im SIKOSA wurde an Frau Stichnoth weitergeleitet.
- Herr Ruth fragt nach der Anzeige von Nebentätigkeiten durch Hauptverwaltungsbeamte.
- Frau Thurmann erklärt, dass der Dienstvorgesetzte informiert werden muss, Art und Umfang der Tätigkeiten sind anzugeben.
- Frau Otte-Sonnenschein ergänzt, dass neue Nebentätigkeiten unverzüglich anzuzeigen sind.
- Stadtrat wird informiert, rechtliche Bewertung erfolgt durch die Personalabteilung.
- Landesrechnungshof und Finanzamt prüfen ordnungsgemäße Abführung von Aufwandsentschädigungen.
- Frau Mittendorf stellt fest, dass keine weiteren Nachfragen zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegen.

TOP 6: Vergabe von Namensrechten – Erfahrungsaustausch

- Frau Mittendorf leitet Tagesordnungspunkt 6 ein und verweist auf Anfrage von Frau Reichelt.
- Frau Reichelt ist in Vertretung für Herrn Gründel anwesend und erläutert die Prüfung der Vergabe von Namensrechten für Sporthallen.



- Ziel der Vergabe ist die Generierung zusätzlicher Einnahmen für Sportvereine.
- Thema wurde bereits im Rat vorberaten; Unsicherheiten bezüglich möglicher Werte für Namensrechte (1.000 bis 5.000 Euro pro Jahr).
- Frau Reichelt bittet um Erfahrungswerte zu Vertragslaufzeiten und Ausschreibungsverfahren.
- Herr Gründel hat bereits eine E-Mail an Frau Mittendorf gesendet, aber keine Rückmeldung erhalten.
- Frau Mittendorf fragt nach Hinweisen oder ob das Thema zur weiteren Prüfung mitgenommen werden soll.
- Zuständigkeit für das Thema könnte nicht in ihrem Aufgabenbereich liegen; Klärung mit Stadtverwaltung erforderlich.
- Herr Radünzel erklärt, dass Vergabe von Namensrechten relevant ist; verweist auf bestehende Sponsoringverträge für die Eissporthalle.
- Er bietet an, Kontakt herzustellen, um Frau Reichelt Informationen zukommen zu lassen.
- Frau Otte-Sonnenschein berichtet von ähnlicher Anfrage beim SGSA, kann jedoch keine konkreten Werte nennen.
- Sie betont die Beachtung gesetzlicher Vorgaben (§ 99 Absatz 6) und die Notwendigkeit, Zuständigkeiten für Vertragsabschlüsse zu prüfen.
- Warnung vor möglichen rechtlichen oder ethischen Konflikten bei Sponsoringverträgen.
- Frau Mittendorf schließt Diskussion und weist darauf hin, dass weitere Hinweise an Frau Reichelt weitergeleitet werden.

TOP 7: Änderung des § 41 SchulG LSA – Erfahrungsaustausch

- Frau Mittendorf fragt nach weiteren Anfragen und erwähnt eine zweite Anfrage zur Änderung des § 41 Schulgesetz Sachsen-Anhalt.
- Frau Reichelt interessiert sich für den aktuellen Verfahrensstand und mögliche Klagen gegen Bescheide.
- Im Landkreis Jerichower Land wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die Verwaltungskosten für Bescheide beschlossen hat.
- Frau Reichelt fragt nach der Höhe der Verwaltungskosten in anderen Landkreisen.
- Herr Radünzel bestätigt bestehende Widerspruchsverfahren und wünscht sich eine Überführung in Klageverfahren zur Entlastung.
- Bisher wurden etwa zehn Widerspruchsverfahren bearbeitet; Gebühren werden derzeit nicht erhoben, aber eine Einführung wird erwogen.
- Frau Thurmann verweist auf zwei Rundschreiben von Frau Fietkau mit relevanten Informationen.
- Frau Otte-Sonnenschein berichtet von unterschiedlichen Handhabungen in den Landkreisen und Herausforderungen bei der Abgabe von Schülern.
- Frau Mittendorf fragt nach weiteren Hinweisen und bietet Kontakt zum Fachbereich Schule und Sport an.

TOP 8: Aktuelles zur Digitalisierung in den Kommunalverwaltungen

- Frau Mittendorf leitet den Tagesordnungspunkt 8 ein und kündigt den Bericht von Frau Otte-Sonnenschein zur Digitalisierung in Kommunalverwaltungen an.
- Frau Otte-Sonnenschein informiert über Zuwendungen im Bereich Digitalisierung und laufende Projekte wie TA Resi Scan und KI-gestützte Transkription.
- Stadt Dessau-Roßlau arbeitet mit dem System SpeechMind an der KI-gestützten Transkription.
- Ziel ist die Erstellung von Handlungsleitfäden für Kommunen bis zum 31.12. des Jahres, finanziert aus dem Corona-Sondervermögen.
- Ergebnisse sollen im nächsten Jahr allen Kommunen zur Verfügung stehen.
- Frau Otte-Sonnenschein verweist auf das Rundschreiben von Frau Fietkau zum Digitalpakt 2.0 und die Verschiebung der Abrechnung auf den 01.01.2026.



- Rückmeldungen zu finanziellen Engpässen sollen bis zum 15. April erfolgen.
- Digitalisierung der Eheschließung soll künftig online ermöglicht werden.
- Gesetz zu digitalen Identitäten muss bis 2027 umgesetzt werden, um amtliche Nachweise digital zu speichern.
- Herr Hohl äußert Bedenken zur Akzeptanz und Verifizierung digitaler Dokumente durch Dritte.
- Frau Otte-Sonnenschein kritisiert, dass viele digitale Projekte unvollständig bleiben.
- Projekt „Sicher kommunal“: 110 von 533 Kommunen haben sich zurückgemeldet, 84 nehmen teil, 30 haben abgeschlossen.
- Herr Filly berichtet über positive Erfahrungen mit Speechmines, digitale Eheschließung wird jedoch kaum genutzt.
- Frau Mittendorf hebt Probleme mit der Auffindbarkeit von Formularen und die Notwendigkeit benutzerfreundlicher digitaler Angebote hervor.
- Herr Radünzel sieht die Bund-ID als Hindernis für die Nutzung digitaler Angebote und betont die Notwendigkeit von Öffentlichkeitsarbeit.
- Frau Reichelt berichtet über das Projekt „Sicher kommunal“ und den hohen Arbeitsaufwand, sieht jedoch positive Ergebnisse.
- Unbekannte Person aus Tangermünde bestätigt ähnliche Erfahrungen, keine Schwachstellen bei Außenangriffen festgestellt.
- Herr Radünzel kritisiert den hohen Aufwand durch Einstellungsstopp und Einzelvorlagen für Personalentscheidungen.
- Frau Mittendorf schließt den Tagesordnungspunkt ohne weitere Wortmeldungen.

TOP 9: Aktuelle Mitteilungen der Landesgeschäftsstelle

Gibt es keine.

TOP 10: Anfragen und Anregungen der Arbeitskreismitglieder

- Frau Mittendorf leitet Tagesordnungspunkt 9 ein, keine aktuellen Mitteilungen aus der Landesgeschäftsstelle.
- Herr Hohl fragt zur Zulässigkeit des Betretens eines Hortes durch einen Stadtrat ohne Anmeldung.
- Hortleiterin, Mitglied der Stadtratsfraktion, war involviert; Herr Hohl betont geschützten Raum und Abstimmung bei Besichtigungen.
- Frau Mittendorf erklärt, Anfragen von Stadträten sollen über Oberbürgermeister gerichtet werden.
- Frau Otte-Sonnenschein weist darauf hin, dass Stadträte ohne Anmeldung keine Gebäude betreten dürfen; pragmatische Lösungen empfohlen.
- Herr Achilles bringt zwei Anfragen vor:
 - Erste Anfrage betrifft nicht anonymisierte Übergabe von Bruttogehaltslisten; Bedenken um Betriebsfrieden geäußert.
 - Zweite Anfrage thematisiert Ungleichgewichte bei "Krank ohne Krankenschein"-Tagen; Diskussion über einheitliche Regelung.
- Frau Nebel berichtet über individuelle Anweisungen zur Vorlage von Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen.
- Frau Thurmann und Herr Baudisch warnen vor pauschalen Regelungen für KOK-Tage.
- Frau Goldbeck fragt nach Erfahrungen mit Dienstvereinbarungen zu Stellenbesetzungsverfahren; Frau Mittendorf bietet relevante Unterlagen an.
- Herr Filly spricht Sportangebote für Mitarbeiter während der Arbeitszeit an; Überlegungen zu Betriebsvereinbarung.
- Frau Mittendorf und andere schildern Ansätze zu Gesundheitsmaßnahmen außerhalb der Arbeitszeit.



- Frau Schmidt thematisiert Nutzung privater Handys für Zeiterfassung; datenschutzrechtliche Bedenken geäußert.
- Herr Radünzel erklärt digitale Gehaltsabrechnungen und freiwillige Nutzung privater Geräte.
- Herr Radünzel schlägt Thema "kommunaler Ordnungsdienst" für nächste Sitzung vor; Überlegungen zur Verkehrsüberwachung.
- Frau Mittendorf bietet umfassende Informationen zum kommunalen Ordnungsdienst an.

TOP 11: Zeit und Ort der nächsten Arbeitskreissitzungen

- Frau Mittendorf weist auf offenen Tagungsort in der Einladung hin und bittet Frau Thurmann um Informationen.
- Frau Thurmann informiert über die 89. Sitzung am 14. Oktober 2026 in Burg.
- Dank an Herrn Schieck für die Einladung nach Burg trotz Abwesenheit.
- 90. Sitzung am 14. April 2027 in Schönebeck bereits festgelegt.
- Sitzungen sollen am zweiten Mittwoch im Oktober und April stattfinden.
- Dank an Herrn Baudisch für die Organisation in Schönebeck.
- 91. Sitzung am 13. Oktober 2027 in Blankenburg angekündigt.
- Dank an Frau Gennrich für Unterstützung bei der Planung der 91. Sitzung.
- Frau Mittendorf schließt die Sitzung mit Wünschen für gute Heimreise und gesundes Wiedersehen.